

Zum 1 Januar 2011 erhöhen die meisten Energieversorger ihre Strompreise. Begründet wird dies mit der Steigerung der Umlage für erneuerbare Energien um 1,5 ct/kWh. Die Energieversorgungsunternehmen müssen nun 3,53 ct/kWh als Umlage abführen und reichen diese Erhöhung direkt an die Verbraucher weiter. Die [Senkungen bei den Strombeschaffungskosten](#) werden jedoch nicht weiter gereicht.

Weitere [Informationen und Stellungnahmen sind auf \[energieverbraucher.de\]\(http://energieverbraucher.de\)](#) nachzulesen.

Offensichtlich wird hier, neben der Ausnutzung der Marktmacht zwecks Gewinnerhöhung, auch die Ausbremsung der Entwicklung bei den erneuerbaren Energien beabsichtigt. Das wachsende Angebot an Strom aus erneuerbaren Energieträgern stellt eine ernsthafte Konkurrenz zur Ausnutzung der betriebswirtschaftlichen Verwertung der Kohle- und Atomkraftwerke dar. Die wirtschaftliche Nutzung erneuerbarer Energien ist hingegen teilweise auch mit dezentralen Konzepten möglich, wodurch die Position der Energiekonzerne geschwächt werden könnte. Genügend Gründe für diese Interessengruppe, den gesellschaftlich notwendigen Umstieg mit großem Einsatz zu bekämpfen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Debatte um die Zukunft des EEG zu sehen. Dieses wurde mit dem erklärten Ziel verfasst, den dringend erforderlichen Umstieg auf erneuerbare Energieträger voranzutreiben. Nun wird beklagt, dass diese Entwicklung zu schnell verläuft. In einem "Dringenden Appell zur Rettung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes seitens deutscher Energiewissenschaftler" ( [Textversion](#) | [PDF](#) ) fordern diese die "Rettung" des EEG durch gravierende Einschnitte an dessen Wirksamkeit. Unter anderem soll der Zubau an Photovoltaikanlagen dauerhaft auf 3,5 GW pro Jahr begrenzt werden. Mit wenigen Einwänden schließt sich der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) diesem Appell an (

[Textversion](#)

|

[PDF](#)

). Einzig der Solarenergie-Förderverein Deutschland (SFV) setzt sich kritisch mit diesem Appell auseinander (

[Textversion](#)

). Die Wissenschaftler, die ganz sicher nicht frei von Interessens- und Abhängigkeitsbeziehungen zu den Großen Vier der Energiewirtschaft sind, begründen ihren

Appell vor allem mit der Sorge um die Akzeptanz des EEG bei der Bevölkerung. Bei der Entscheidung zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke spielte die mangelnde Akzeptanz hingegen keine Rolle. Gleichfalls steht der in der öffentlichen Meinungsbildung propagierten Kritik an der marktverfälschenden Subventionierung erneuerbarer Energien ein weitgehendes Ausblenden der immer noch erfolgenden Subventionierung fossiler und atomarer Energieerzeugung gegenüber. Erfolgreich wurde Anfang Dezember 2010 die Verlängerung der Steinkohlesubvention bis 2018, und damit über 2014 hinaus, durchgesetzt. Die Suche nach "Endlagerstätten" für nuklearen Abfall sowie das nicht versicherbare Risiko eines atomaren GAUs gehen weiterhin auf öffentliche Kosten.

Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist alternativlos und muss jetzt mit aller zur Verfügung stehenden Kraft vorangetrieben werden. Erfreulichen Fortschritten in den Technologien zur Stromerzeugung stehen noch viele Probleme wie die Speicherung und die Verteilung des größtenteils stark fluktuierenden Angebots gegenüber. Diese Probleme müssen gelöst werden. Mit den jetzigen Marktstrukturen wird das nicht im Alleingang geschehen.